



PRESSEMITTEILUNG

Nr.121/GP

02.07.2017

**Huml dringt auf gute Lösung für die Geburtshilfe - Bayerns
Gesundheitsministerin appelliert an Vertragsparteien:
Hebammenversorgung muss gewährleistet bleiben -
Schiedsverhandlung am kommenden Dienstag**

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml wirbt anlässlich der anstehenden Schiedsverhandlung am kommenden Dienstag (4. Juli) für eine tragfähige Einigung zwischen dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Hebammenverbänden auf Bundesebene. Huml betonte am Sonntag: "Für mich ist klar: Wir brauchen freiberufliche Hebammen – auch künftig. Die geburtshilfliche Versorgung von Mutter und Kind darf nicht gefährdet werden! Ich appelliere an die Vertragspartner, endlich eine gute Lösung im Sinne der Familien zu erreichen. Ziel muss sein, eine weitere Verunsicherung der Hebammen und der werdenden Mütter zu vermeiden."

Es ist Aufgabe der Selbstverwaltung, die Einzelheiten der Versorgung mit Hebammenhilfe und ihre Vergütung zu regeln. Wenn eine Einigung zwischen den Vertragspartnern auf Bundesebene nicht gelingt, legt die Schiedsstelle auf Antrag einer der Parteien den Vertragsinhalt fest.

Die Ministerin ergänzte: "Die Sorgen der werdenden Mütter und der Hebammen beschäftigen mich, auch als zweifache Mutter, sehr. Es sollte bei den Verhandlungen auf Bundesebene daher nicht nur die Höhe der Vergütung im Mittelpunkt stehen. Vielmehr muss entsprechend den bundesgesetzlichen Vorgaben auch die bedarfsgerechte Versorgung mit Hebammenhilfe gewährleistet bleiben. Dafür habe ich mich bereits bei den Verhandlungspartnern eingesetzt."

Huml unterstrich: "Mich haben zahlreiche Zuschriften besorgter Bürgerinnen und Bürger aus Bayern erreicht, in denen insbesondere bei den Beleghebammen eine Gefährdung der Versorgung befürchtet wird. Diese Befürchtungen nehme ich ernst, denn der Anteil der Beleghebammen ist in Bayern weit überdurchschnittlich. Um den Bedarf an Hebammenhilfe unter Einbeziehung der Wahlfreiheit der Versicherten sicherzustellen, stehen der GKV-Spitzenverband und Hebammenverbände in der Verantwortung. Die Bundesebene darf dabei nicht die Versorgung vor Ort oder etablierte Strukturen wie die Versorgung durch Beleghebammen ausblenden."



Die Ministerin unterstrich: "Auf Landesebene habe ich zudem im Mai zu einem Treffen eingeladen, bei dem alle Akteure aus dem Bereich der Geburtshilfe die drängendsten Aufgaben in ihrem Bereich schildern und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen konnten. Das Gespräch hat gezeigt, dass das Problem vielschichtig ist. Ich habe die Teilnehmer aufgefordert, ihre genauen Anliegen schriftlich zu formulieren."

Die Ministerin erläuterte: "Ein Mangel an Hebammen in Bayern ist durch Zahlen derzeit nicht belegbar. Vielmehr nimmt die Zahl der Hebammen in Bayern seit Jahren zu. Aus diesem Grund habe ich eine umfassende Studie zur Hebammenversorgung in Bayern in Auftrag gegeben. Denn nur auf Grundlage valider Daten kann man eine Diskussion führen und Initiativen ergreifen. Die Studie erfolgt mit enger Einbindung der Hebammenverbände."

Mit Hilfe der Studie soll ermittelt werden, in welchen Bereichen die Hebammen tätig sind und wie sie in Bayern verteilt sind. Dabei werden auch Mütter befragt, wie sie die Hebammenversorgung in Bayern bewerten. Auch die Hebammen selbst werden in die Studie eingebunden.